Oberösterreichisches Landesarchiv
Josef Goldberger

Erbgesundheitsgerichtsbarkeit in Oberdonau 1940 bis 1945

OÖLA
Linz 2001

Inhalt

I) Vorwort (Errichtung d. Gerichte - Verfahren -
Ende der Erbgesundheitsgerichte - Literatur)

II) Verzeichnung und Auswertung der Bestände

- Erbgesundheitsgericht Linz (Bestand LG Linz - Sondergerichte, Sch. 1183)
- Erbgesundheitsobergericht Linz (Bestand LG Linz - Sondergerichte, Sch. 922-92

I) Vorwort

1. Errichtung der Gerichte, Organisation

Die Zwangssterilisation war das zentrale Verfolgungsinstrument der von den Gesundheitsämtern und ihren Amtsärzten umzusetzenden eugenischen Maßnahmen des NS-Staates. Um den legal-rechtsstaatlichen Schein zu wahren und die Entrechtung der Opfer zu vertuschen, wurde sie eingebettet in ein pseudogerichtliches Verfahren. Gesetzliche Grundlage war die Einführung des Erbgesundheitsgesetzes in der Ostmark mit 1.1.1940[1].

In einem Amtsvermerk des Reichsjustizministers hieß es im Dezember 1939: „Ich errichte mit Wirkung vom 1.1.1940 in der Ostmark bei jedem Amtsgericht am Sitze eines Landgerichts für den Bezirk dieses Landgerichts ein Erbgesundheitsgericht und bei jedem Oberlandesgericht für seinen Bezirk ein Erbgesundheitsobergericht. In der Stadt Linz wird das Erbgesundheitsgericht beim Amtsgericht Linz.“[2]

Mit 1. Jänner 1940 waren also in Oberdonau bei den Landgerichten Linz, Wels, Steyr, Ried und Krummau für ihren Bezirk Erbgesundheitsgerichte (EGG), die über die Unfruchtbarmachungsanträge der Amtsärzte zu entscheiden hatten, den dortigen Amtsgerichten anzugliedern. Beim Oberlandesgericht Linz war ein Erbgesundheitsobergericht (EGOG) als Berufungsinstanz, die für den gesamten Gau zuständig war, angegliedert. Die Akten des EGOG sind vollständig erhalten. Von den EGG sind lediglich die Akten des EGG Linz (unvollständig, jedoch mit Register) erhalten.

Während die Behörden der Gesundheitsverwaltung dem Reichsministerium des Innern unterstanden, waren diese Gerichte klarerweise dem Reichsministerium der Justiz zugeteilt. Der formal Vorsitzende dieser Gerichte war jeweils ein Jurist, die beiden Beisitzer und eigentlichen Entscheidungsträger waren Ärzte. Den fünf Erbgesundheitsgerichten stand ein Amtsrichter, dem Erbgesundheitsobergericht ein Mitglied des Oberlandesgerichtes Linz vor. Die ärztlichen Beisitzer waren jeweils ein Amtsarzt und ein weiterer für das Deutsche Reich approbierter nicht beamteter Arzt, der jedoch mit der Erbgesundheitslehre besonders vertraut sein musste. Für die drei Mitglieder jedes Gerichtes war jeweils ein Vertreter zu bestellen. Die Gaugesundheitsbehörde in Linz schlug die ärztlichen Mitglieder im Einvernehmen mit dem

---

[1] Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (Erbgesundheitsgesetz, Sterilisierungsgesetz) vom 14. Juli 1933 (in Deutschland in Kraft getreten am 1. Jänner 1934): RGBl. 1933/I, 529. In Österreich eingeführt mit der „Verordnung über die Einführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses und des Gesetzes zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz) in der Ostmark“ am 14. November 1939 und in Kraft getreten am 1. Jänner 1940: GfdLÖ 1939, Nr. 1438 (ausgegeben am 1. Dezember 1939), 4953–4990.

Gauamt für Volksgesundheit vor und die Präsidenten der jeweiligen Landesgerichte, an deren Sitz ein Erbgesundheitsgericht eingerichtet wurde, bestellten diese. Die ärztlichen Mitglieder des Erbgesundheitsobergerichts, deren Vorschläge zusätzlich auch der Zustimmung des Reichsministerium des Innern bedurften, wurden vom Präsidenten des Oberlandesgerichtes bestellt. Für die vorsitzenden Richter waren ausschließlich die Gerichtspräsidenten zuständig. Die Gesundheitsabteilung der Landeshauptmannschaft schlug am 6. Jänner 1940 die ärztlichen Mitglieder der Erbgesundheitsgerichte und des Erbgesundheitsobergerichts vor.[3] Gemeinsam mit den richterlichen Vorsitzenden wurden sie am 15. Februar ernannt:

Erbgesundheitsobergericht Linz:

- Vorsitzender Jurist Dr. Polland (Vizepräsident des Oberlandesgerichtes)
- Amtsärztliche Beisitzer: Ferdinand Reinhardt (Leiter der Gaugesundheitsabteilung), Otto Tenschert (Angehöriger der Gaugesundheitsabteilung); für Tenschert (Amtsarzt in Gmunden) Anfang 1942: Leopold Haider; im November 1942 zusätzlich Dr. Hans Hager
- Stellvertreter: Karl Demelbauer (Gesundheitsamt der Stadt Linz)
- nicht beamtete ärztliche Beisitzer: Rudolf Lonauer (Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Niedernhart), Raimund Wimmer (Direktor am Krankenhaus der Barmherzigen Schwestern Linz, Facharzt für Neurologie und Psychiatrie, Geschäftsführer, Schulungs- und Presseleiter im Gauamt für Volksgesundheit)
- Stellvertreter: Fritz Langsteiner (Facharzt für Neurologie und Psychiatrie am AKh Linz, Wissenschaftlicher Referent im Gauamt für Volksgesundheit); Anfang 1942: Dr. Albert Hommel (Arzt im Jugend- und Fürsorgeamt der Stadt Linz)

Erbgesundheitsgericht Krummau:

- Amtsärztliche Beisitzer: Karl Hager (Gesundheitsamt Krumau), Josef Michlmayr (Gesundheitsamt Rohrbach); ab Jänner 1941 statt Michlmayr Dr. Josef Hünten (Amtsarzt Kaplitz)
- nicht beamtete ärztliche Beisitzer: Josef Baumgartl (Praktischer Arzt in Ogfolderhaid, Kreisamtsleiter für Volksgesundheit in Krumau)
- Stellvertreter: Ernst Lottmann (Stadtarzt in Krumau), Hans Narbeshuber jun. (Praktischer Arzt in Krumau)

---

[2] BA Berlin, R 22/1936, MF 3, fol. 113.
[3] OÖLA, LReg. 1926 ff., Sch. 286, Sammelakt IIIa/M-1084 aus 1944, IIIa/M-5/24 aus 1940.

Erbgesundheitsgericht Linz:

- Amtsärztliche Beisitzer: Hans Hager (Gesundheitsamt Linz-Land, Gaugesundheitsbehörde), Franz Bauer (Gesundheitsamt Linz-Land); für Hager ab Mai 1944 Dr. Ferdinand Reinhardt; ab Februar 1945 Dr. Josef Holzinger (ehemaliger Schärdinger Amtsarzt, nun Gaugesundheitsabteilung)
- Stellvertreter: Otto Tenschert (Angehöriger der Gaugesundheitsbehörde); ab Februar 1940 für Tenschert Dr. Karl Achleitner (Oberarzt der internen Abteilung am AKh Linz)
- nicht beamtete ärztliche Beisitzer: Siegfried Huber (Primar am Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Linz), Fritz Langsteiner; ab Februar 1940 für Langsteiner Dr. Kurt Maurer (praktischer Arzt in Ebelsberg)
- Stellvertreter: Alfred Tisserand (Propagandaleiter im Gauamt für Volksgesundheit und Assistent des Lagerarztes der Hermann-Göring-Werke)

Erbgesundheitsgericht Ried:

- Vorsitzender Jurist: ab 15.2.1940 Dir. Josef Weiss; ab Jänner 1941 Amtsgerichtsrat Dr. Friedrich Berg; ab Jänner 1942 Dr. Reinhold Enge; ab Juni 1943 Dr. Anton Schellander
- Amtsärztlicher Beisitzer: Emmerich Mösenbacher (Gesundheitsamt Ried)
- Stellvertreter: Wolfgang Zechner (Gesundheitsamt Braunau)
- nicht beamteter ärztlicher Beisitzer: Franz Orthner (Primar im Krankenhaus Ried); 1944: Richard Weibel (Kreisärzteführer von Schärding, Leiter der Kuranstalt Schärding)
- Stellvertreter: Hermann Achleitner (Krankenhaus Ried), Alfred Mahr (Gemeindearzt Aurolzmünster); ab August 1940 Dr. Alexander Eichlseher (Gemeindearzt in Ried), Dr. Georg Diermayr (Praktischer Arzt in Ried) und Dr. Oskar Rothenhäusler (Gemeindearzt in Eberschwang)

Erbgesundheitsgericht Steyr:

- Amtsärztlicher Beisitzer: Anton Hain (Gesundheitsamt Steyr)
- Stellvertreter: Otto Tenschert; 1940: für Tenschert (Amtsarzt in Gmunden Hugo Sammern, Amtsarzt in Kirchdorf)
- nicht beamteter ärztlicher Beisitzer: Albert Falthansl (Gesundheitsamt Steyr)
- Stellvertreter: Rudolf Pessl (Praktischer Arzt und Kreisamtsleiter für Volksgesundheit in Steyr), Herbert Mahler (Werksarzt bei Steyr-Daimler-Puch in Steyr)

Erbgesundheitsgericht Wels:

- Amtsärztlicher Beisitzer: Hermann Schmiedl (Gesundheitsamt Wels), später auch Emil Mayr (Amtsarzt Grieskirchen)
- Stellvertreter: Franz Kröll (Gesundheitsamt Vöcklabruck)
- nicht beamteter ärztlicher Beisitzer: Hugo Brenner (Gauamtsleiter für Rassenpolitik, Kreisamtsleiter für Volksgesundheit in Wels, Vorstand der Lungenabteilung am AKh Wels, Gesundheitsamt Wels)
- Stellvertreter: Franz Werthmann (Praktischer Arzt in Wels), Alfred Schrack (Direktor des AKh Wels).

2. Das Verfahren

In nicht öffentlichem pseudo-legalem Verfahren ermittelte und entschied das Erbgesundheitsgericht nach möglicher Einvernahme des Betroffenen über dessen vom Amtsarzt beantragte Sterilisation. Wurde befunden, dass der Betroffene seine Angelegenheiten nicht selber regeln konnte, so wurde ihm ein Vertreter, Pfleger genannt, beigestellt – das sind häufig die Eltern, Bekannte oder Verwandte. Auch Zeugen konnten einvernommen werden. De facto entschieden über die Sterilisationsanträge die ärztlichen Mitglieder des Gerichtes, die in einer bislang ungekannten Machtfülle Urteile im Fließbandverfahren fällten, meist nach Aktenlage. Gutachten wurden oftmals ungeprüft übernommen.

Hatte nun ein Erbgesundheitsgericht ein Urteil gefällt, so konnte dagegen innerhalb von zwei Wochen Beschwerde eingelegt werden. Über diese entschied das Erbgesundheitsobergericht endgültig.

3. Das Ende der Erbgesundheitsgerichtsbarkeit

Im Herbst des Jahres 1944 wurden die Erbgesundheitsgerichte weitgehend zusammengelegt und aufgelöst. Es sollten nur mehr Verfahren durchgeführt werden, die trotz des totalen Krieges unbedingt erforderlich seien.

Am 22. August 1944 schon hatte der RJM die Oberlandesgerichtspräsidenten über die Absicht informiert, die Erbgesundheitsobergerichte und die meisten Erbgesundheitsgerichte für die Dauer des totalen Kriegseinsatzes aufzulösen. Die Bearbeitung aller Erbgesundheitssachen des Oberlandesgerichtsbezirkes solle bei jenem Erbgesundheitsgericht zusammengefasst werden, das sich am Sitz des Oberlandesgerichtes befinde. Das RJM bat die Oberlandesgerichtspräsidenten um ihre Meinungen. Während die meisten einverstanden waren und aufgrund der wegfallenden Belastung aufatmeten, schrieb der Oberlandesgerichtspräsident in

Linz am 7. September an das RJM: Zwar könnten oftmals die Parteien vor dem Erbgesundheitsgericht infolge der recht ungünstigen Verkehrsverhältnisse nicht persönlich erscheinen, doch bringe „die Tätigkeit der Erbgesundheitsgerichte keine derartige Belastung mit sich, dass sie nicht auch nach der vorgesehenen Vorgabe von Richtern noch bewältigt werden könnte.“[4]

Trotz dieses heroischen Einsatzes in Oberdonau stellten die Erbgesundheitsobergerichte mit 1. Oktober 1944 ihre Tätigkeit auf Anordnung des RMdI ein und wurden aufgehoben, die Erbgesundheitsgerichte zusammengelegt auf eines pro Oberlandesgerichtssprengel.

Die bei den Gerichten anhängigen Verfahren waren einzustellen. Bei laufenden Einsprüchen wurde „mit der Beendigung [...] die angefochtene Entscheidung rechtskräftig.“[5]

4. Verwendete Literatur:

- Der Amtsarzt. Ein Nachschlagewerk für Medizinal- und Verwaltungsbeamte, hrsg. von Wilhelm Klein. 2. Aufl., Jena 1943.
- Bock, Gisela, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986.
- Ehlers, Paul Nikolai, Die Praxis der Sterilisationsprozesse in den Jahren 1934-1945 im Regierungsbezirk Düsseldorf unter besonderer Berücksichtigung der Erbgesundheitsgerichte Duisburg und Wuppertal, Dissertation Universität München 1994.
- Feldscher, Werner, Rassen- und Erbpflege im deutschen Recht, Berlin/Leipzig/Wien 1943.
- Goldberger, Josef, NS-Gesundheitspolitik im Reichsgau Oberdonau 1938-1945, Dissertation Universität Wien, S. 186-219.
- Gütt, Arthur/Rüdin, Ernst/Ruttke, Falk Alfred, Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933, München 1934 (wichtige 2. Aufl., München 1936).
- Pfeifer, Helfried (Hrsg. und Bearb.), Die Ostmark. Eingliederung und Neugestaltung. Historisch-systematische Gesetzessammlung nach dem Stande vom 16. April 1941, Wien 1941.
- Reiter, Hans u. a., Sammlung deutscher Gesundheitsgesetze, Bd. 1: Erb- und Rassenpflege, Leipzig 1940.

---

[4] BA Belin, R 22/1936, MF 4, fol. 155 und 166.

[5] BA Berlin, R 43 II/722, MF 4, fol. 206 ff., „Totaler Kriegseinsatz; hier: Aufhebung der Erbgesundheitsobergerichte“. Vgl. dazu auch: BA Berlin, NS VI, Aktenband 4956, fol. 2: Rd.Erl. A b 1419 II/44-1079a Totaler Kriegseinsatz: hier Einschränkung der Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses.

- Rothmaler, Christiane, Sterilisationen nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933. Eine Untersuchung zur Tätigkeit des Erbgesundheitsgerichtes und zur Durchführung des Gesetzes in Hamburg in der Zeit zwischen 1934 und 1944, Husum 1991. (Dissertation Universität Hamburg 1986).
- Skalweit, W., Die Tätigkeit des Amtsarztes bei der Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, in: Der öffentliche Gesundheitsdienst, Heft 1A (1935/36), S. 401-420.
- Wiesenberg, Klaus: Die Rechtssprechung der Erbgesundheitsgerichte Hanau und Gießen zu dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933, ergänzt durch eine Darstellung der heutigen Rechtslage zur Unfruchtbarmachung, Dissertation Universität Frankfurt/M. 1986.

II) Verzeichnung und Auswertung der Bestände

1. Erbgesundheitsobergericht Linz (Bestand LG Linz - Sondergerichte, Sch. 922-925)

1.1. Verzeichnung

Der Bestand des Erbgesundheitsobergerichtes Linz im Oberösterreichischen Landesarchiv umfasst insgesamt 257 Fälle, in denen mit folgender Verteilung auf die Jahre 1940 bis 1944 Beschwerden gegen Erbgesundheitsgerichts-Beschlüsse vorgetragen wurden: 1940 → 8 Fälle (Sch. 922, Nr. 1–8), 1941 → 62 Fälle (Sch. 922, Nr. 1–44; Sch. 923, Nr. 45–62), 1942 → 81 Fälle (Sch. 923, Nr. 1–37; Sch. 924, Nr. 38–81), 1943 → 77 Fälle (Sch. 924, Nr. 1–25; Sch. 925, Nr. 26–77), 1944 → 29 Fälle (Sch. 925, Nr. 1–44).

Der Bestand ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vollständig überliefert und die Archivalien widerspiegeln auch den tatsächlichen Anfall beim Erbgesundheitsobergericht. Da auf keine etwaigen Original-Register zurückgegriffen werden konnte, musste zur quantifizierenden Auswertung des Bestandes jeder einzelne Fall untersucht werden.

1940

Nr.	Geschlecht Geb.jahr	Antrag von wem	welches EGG	Beschluss EGG	Diagnose[6]	Beschluss EGOG nach Beschwerde	Anmerkung
1	m 08	selbst	L	s	2	ns	! Selbstantrag und dann Beschwerde ??
2	w 06	SD	RI	s	1	s	
3	w 06	SD	RI	ns	1	s	
4	m 14	SD	RI	ns	1	s	(!)
5	w 24	SD	RI	s	1	s	(!) Geschwister
6	w 20	SD	RI	s	1	s	
7	w 04	WE	WE	s	3	ns	
8	w 10	SD	RI	s	1	s	!

[6] laut Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, vgl. Anm. 1.

1941

Nr.	Geschlecht Geb.jahr	Antrag von wem	welches EGG	Beschluss EGG	Diagnose	Beschluss EGOG nach Beschwerde	Anmerkung
1	w 02	SD	RI	s	1	s	
2	w 16	RO	L	s	1	s	
3	w 15	SD	RI	ns	1	s	
4	m 20	SD	RI	s	1	s	!
5	w 20	SD	RI	s	1	s	
6	w 22	SD	RI	ns	1	ns	
7	m 25	SD	RI	ns	1	ns	
8	w 23	LL	L	s	1	s	Geschwister
9	m 20	LL	L	s	1	s	
10	m 01	SD	RI	s	1	s	
11	w 16	Niedernh.	L	s	2	s	!
12	m 96	RO	L	s	1	s	!
13	m 21	LL	SE	Verf. einstel-len	1	Wiederaufnahme des Verfahrens	
14	m 01	SD	RI	s	8	s	! VS: guter Erfolg
15	m 06	Niedernh.	L	s	2	s	
16	m 21	SD	RI	s	1	s	
17	m 22	SD	RI	s	1	s	
18	m 11	SD	RI	s	1	s	
19	m 07	RI	RI	ns	7	ns	
20	w 25	SD	RI	ns	1	ns	
21	w 25	SD	RI	ns	1	ns	
22	w 11	GM	WE	s	1	s	! vgl. 3/42, 28/42
23	m 06	GM	WE	s	1	s	Geschwister ?
24	w 24	SD	RI	s	1	ns	
25	w 21	SD	RI	s	1	s	
26	m 11	LL	L	s	1	ns	
27	m 16	LL	L	s	1	s	! Geschwister
28	w 19	LL	L	s	1	s	
29	m 19	SD	RI	s	1	s	

30	w 05	SD	RI	s	1	s	
31	m 00	GM	WE	s	1	ns	
32	w 07	GM	WE	s	1	s	
33	w 22	SD	RI	ns	1	ns	
34	m 22	SD	RI	ns	1	ns	
35	m 08	SD	RI	s	1	s	
36	m 23	GM	WE	ns	1	ns	
37	w 18	SD	RI	s	1	s	! Zigeunerin
38	m 20	VB	WE	s	4	s	FOF 337/1961
39	w 15	GA Nikols.	L	s	2	s	! vgl. 16/42
40	m 07	KA	KR	ns	4	s	! geistig normal
41	w 22	SD	RI	ns	1	ns	
42	w 16	SD	RI	s	1	s	
43	w 25	SD	RI	s	1 mor-alisch	ns	
44	m 12	LL	L	s	1	s	
45	w 04	LL	L	s	1	ns	
46	m 21	LL	SE	s	1	s	
47	m 07	SD	RI	s	1	s	
48	m 03	VB	WE	s	1	s	
49			RI	s			??
50	w 21	SD	RI	s	1	s	
51	w 12	RO	L	s	1	s	!
52	w 21	LL	L	s	1	s	
53	m 21	LL	L	s	1	s	
54	w 02	KR	KR	s	1	s	
55	m 02	LL	LL	s	2	s	
56	m 11	SD	RI	s	1	ns	
57	w 12	RO	L	s	2	ns	
58	m 14	GM	WE	s	1	s	
59	m 07	SD	RI	s	1	ns	! Josef Sch.; Protest Holzinger: 264/2014 aus 1942 (OÖLA, LReg. 26 ff, MF 455)

60	w 10	GM	WE	s	1	s	
61	m 20	SE	SE	s	1	s	
62	w 09	RI	RI	s	1	ns	

1942

Nr.	Geschlecht Geb.jahr	Antrag von wem	Diagnose	welches EGG	Beschluss EGG	Beschluss EGOG nach Beschwerde	Anmerkung
1	w 06	VB		WE	Unterbringg. Nervenabt.	Unterbringg. Nervenabt.	
2	m 13	SD	1	RI	s	s	
3	w 11	Mutter	1	WE	Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens von EGG abgelehnt, von EGOG bewilligt; vgl. 22/41, 28/42 !!!		
4	m 15	GM	1	WE	ns	ns	
5	m 02	KA	1	KR	s	s	
6	w 12	KA	1	KR	s	s	
7	m 22	KA	1	KR	s	s	
8	w 26	KA	1	KR	s	s	! 16 Jahre
9	w 17	KI	1	SE	s	s	
10	m 10	KR	1	KR	s	s	
11	m 00	KA	2	KR	s	s	
12	m 20	GM	1	WE	s	s	Geschwister
13	m 11	GM	1	WE	s	s	
14	m 98	VB	Paranoia	WE	s	s	
15	w 08	GM	1	WE	ns	ns	
16	w 20	RO	2	L	s	s	! vgl. 39/41
17	m 11	SD	2	RI	s	ns	! Alois H. (siehe 59/41)
18	m 11	SD	1	RI	ns	ns	
19	m 17	SD	1	RI	ns	ns	
20	m 03	SD	1	RI	ns	ns	
21	w 01	SE	1	SE	s	s	
22	m 08	SE	11	SE	s	s	

23	w 09	KA	1	KR	s	s	
24	m 01	WE	1	WE	ns	ns	
25	m 13	SD	4	RI	s	s	!
26	m 02	PE	1+4	L	s	ns	
27	m 00	PE	1	L	s	s	
28	w 11	GM	1	WE	s	s	! vgl. 22/41, 3/42
29	m 26	KA	1	KR	s	s	16 !!! 14 (Geschw) 12 Jahre
30	m 27	KA	1	KR	s	s	
31	w 29	KA	1	KR	ns	ns	
32	w 26	KA	1	KR	ns	s	
33	m 04	GM	1	WE	s	s	
34		VB	1	WE	ns	Einspruch AA ?	?
35	m 13	selbst auf Kastri-erung	homo-sex.	SE	Beschwerde AA KI. EGOG: nicht Sache des EGG/EGOG		!
36	w 11	RI	1	RI	ns	s	FOF 1051/1963
37	m 06	KA	2	KR	s	s	
38	w 01	KR	1	KR	ns	s	
39	m 08	GM	4	WE	s	s	
40	m 10	GM	4	WE	s	s	
41	m 09	GM	4	WE	ns	ns	
42	w 25	KA	1	KR	s	s	!
43	w 28	KA	1	KR	s	s	!
44	w 06	KA	1	KR	s	s	
45	m 04	L	2	L	s	s	! vom EGG Wien übern.
46	m 14	PE	7+1	L	s	ns	
47	w 25	BR	1+4	RI	s	s	!
48	w 08	RO	1	L	s	s	
49	m 04	RO	1	L	s	s	
50	w 10	WE	1	WE	s	s	!!!! Geschwister

51	m 11	WE	1	WE	s	s	
52	m 13	WE	1	WE	s	s	
53	w 19	WE	1	WE	s	s	
54	w 13	BR	1	RI	s	s	!
55	w 03	BR	1	RI	s	s	
56	m 91	FR	2	L	s	ns	
57	m	VB	1	WE	s	s	
58	m 03	RI+selbst	1+8	RI	ns	s	!!Stefan L. Selbstantrag später zu-rückgezogen; Beschwerde Mösenbacher wie bei Holzinger 59/1941
59	m 05	GM	1	WE	s	s	
60	w 07	GR	1	WE	s	s	
61	w 22	GA Bruck/M	2	WE	s	s	
62	m 04	BR	1	RI	s	s	
63	m	VB	3	WE	s	s	
64	w 13	VB	1	WE	s*	s	!
65	m 94	VB	1	WE	ns	ns	
66	w 24	KA	1	KR	ns	s	!
67	w 07	WE	1	WE	s	s	
68	m 00	LL	1	L	s	ns	
69	m 23	PE	4	L	s	s	!
70	m 16	L	2	L	s	s	!
71	m 24	PE	1	L	s	s	
72	w 01	LL	4	L	s	s	
73	w 08	KR	1	KR	ns	ns	
74	w 23	PE	1+7+8	L	s	s	!
75	m 19	SE	1	SE	s	s	
76	w 18	RO	1	L	s	s	
77	w 19	SE	1	SE	s	s	
78	m 18	SE	2	SE	s	ns	
79	w 06	LL	2	L	s	s	!

80	m 19	SE	2	SE	s	s	
81	w 13	WE		WE	s		?

* Begutachtung durch Lonauer (Niedernhart) angeordnet

1943

Nr.	Geschlecht Geb.jahr	Antrag von wem	welches EGG	Beschluss EGG	Diagnose	Beschluss EGOG nach Beschwerde	Anmerkung
1	m 99	LL	L	s	2	ns	
2	m 16	SE	SE	s	7 t.stumm	s	
3	m 12	GM	WE	s	2	s	
4	m 21	PE	L	s	1	ns	
5	m 15	KA	KR	s	1	s	
6	w 22	KA	KR	s	1	s	
7	m 04	GR	WE	s	1	s	
8	m 05	GR	WE	s	1	s	
9	m 21	SE	SE	s	2	s	
10	m 23	GR	WE	s	1	s	
11	m 19	GM	WE	s	4	s	
12	w 06	SE	SE	s	1	s	
13	w 04	SE	SE	s	1	s	
14	m 08	FR	L	s	6	s	!
15	w	PE	L	s	Beschwerde zurückgezogen		
16	m	abgegeben nach Deutschland					
17	m 08	LL	L	s	1	s	! EGG-Akt 37/42
18	w 08	RO	L	s	1	s	
19	w 15	KI	SE	ns	2	ns	
20	m 04	KR	KR	s	1	s	
21	m 07	PE	L	s	2	s	
22	m 07	RI	RI	s	1	s	
23	w 19	KI	WE	s	1	s	
24	m 98	PE	L	s	1	ns	
25	m 08	BR	RI	s	5	s	!
26	m 03	VB	WE	s	1	s	

27	w 13	GM	WE	s	1	s	
28	m 14	GM	WE	s	1	s	
29	m 03	GR	WE	s	8	ns	
30	m 02	WE	WE	s	1	s	
31	w 24	LL	L	s	1	s	
32	m 11	KA	KR	s	1	s	
33	m 02	KR	KR	s	1	ns	
34	m 02	SD	RI	s	1	s	
35	w 26	KA	SE	s	1	s	?
36	w 08/ 06/09	LL	L	s	1	ns/ns/s	! 3 Geschwister
37	m 07	PE	L	s	2	s	Wiederaufnahme des Verfahrens
38	m 14	KA	KR	ns	1	s	
39	m 20	KA	KR	ns	1	s	
40	m 06	KA	KR	ns	1	s	
41	m 10	VB	WE	s	4	s	
42	m 07	RO	L	s	1	s	
43	m 22	KA	KR	s	1	s	
44	m 06	LL	L	s	1	s	
45	m 27	KA	KR	s	1	s	
46	m 14	VB	WE	s	1	s	
47	w 10	KA	KR	s	2	s	
48	m 93	KR	KR	ns	1	s	
49	w 22	Eltern+L	L	s	1	s	! später widerrufen
50	m 13	selbst+LL	L	s	4	s	! selbst+Beschw.?
51	w 19	KA	KR	s	1	s	
52	w 14	GR	WE	s	1	s	
53	m 03	KA	KR	ns	3	ns	
54	w 25	KA	KR	ns	1	s	!
55	m 83	KA	KR	ns	1	ns	
56	m 07	KA	KR	s	2	s	
57	w 11	VB	WE	s	1	s	

58	w 19	RI	RI	ns	1	s	!
59	w 03	GR	WE	s	1	s	
60	Verfahren an anderes EGG übergeben						
61	w 08	VB	WE	s	1	s	
62	w 25	?	SE	?	?	?	?
63	w 23	SE	SE	s	4	s	
64	m 26	GM	WE	s	1	s	
65	w 16	GA Dingol-fing + GR	WE	s	1	s	
66	w 09	WE	WE	s	1	s	
67	m 05	KA	KR	s	1	s	
68	w 10	LL	L	s	1	s	! Geschwister
69	m 12	LL	L	s	1	s	
70	w 23	KR	KR	s	1	! Vater zog Beschwerde zurück	
71	w 20	KA	KR	ns	1	s	!
72	m 11	SE	SE	s	1	s	
73	m 27	KA	KR	s	1	s	!
74	m 03	VB	WE	s	2	ns	
75	m 07	?	WE	s	1	s	
76	m 20	SE	SE	s	1	s	
77	m 04	BR	RI	s	1	s	

1944

Nr.	Geschlecht Geb.jahr	Antrag von wem	welches EGG	Beschluss EGG	Diagnose	Beschluss EGOG nach Beschwerde	Anmerkung
1	m 08	GR	WE	s	2	s	
2	m 09	KR	KR	s	1	s	
3	w 06	KR	KR	ns	1	s	!
4	w 13	KA	KR	s	1	s	
5	w 16	KA	KR	ns	1	ns	
6	w 03	selbst+L	L	s	1	s	! selbst + Beschwerde
7	w 03	LL	L	s	1	s	! EGG 30/43

8	m 16	KA	KR	s		s	!!! erhängte sich
9	w 14	KA	KR	s	7	s	!
10	m 09	KA	KR	s	7	s	!
11	m 04	KA	KR	s	1	s	
12	m 15	KR	WE	s	1	s	
13	m 04	KA	KR	Ver-	7	wiederaufge-	
14	m 11	KA	KR	fahren unterbr.	7	nommen	
15	w	KR	KR	ns	1	Auftrag an EGG: neu prüfen	
16	m 14	KR	KR	s	1	ns	
17	m 11	BR	RI	! Diagnose: 2; Verfahren als nicht “kriegsdringlich” eingestellt, weil sich Proband freiwillig zur SS meldete			
18	m 02	LL	L	s	2	s	! EGG 15/44
19	w 24	L	L	s	1	s	!
20	m 12	GR	WE	s	2	s	
21	w 19	GR	WE	s	1	s	
22	w 22	GR	WE	s	1	ns	!
23	w 20	KA	KR	s	1	ns	
24	w 26	KA	KR	s	1	ns	
25	w 09	KR	KR	s	1	s	
26	w 10	BR	RI	s	1	s	
27	w 20	BR	RI	s	1	s	
28	m 27		WE	? Verfahren beendet			
29	m 09	SD	RI	? Verfahren beendet			

Abkürzungen:

- w weiblich
- m männlich
- s Sterilisierung beschlossen
- ns keine Steriliserung beschlossen
- (!) besonders interessant, ...
- FOF Abt. Opferfürsorge der Landesreg. nach 45
- BR, SD, LL, ... Bezeichnung der Landkreise, in denen die antragstellenden Amtsärzte bzw. die EGG ihren

Diagnosen:

1 angeborener Schwachsinn
2 Schizophrenie
3 manisch-depressives Irresein
4 erbliche Fallsucht
5 erblicher Veitstanz
6 erbliche Blindheit
7 erbliche Taubheit

Sitz hatten nach heutigen KfZ-Kennzeichen (KA=Kaplitz, KR=Krummau)

- AA Amtsarzt
- GA Gesundheitsamt

8 schwere erbliche körperliche Missbildung
9 Alkoholismus

1.2. Auswertung

Diagnosen: insgesamt 252
Schwachsinn: 190
Schizophrenie 31
Epilepsie: 14
Taubheit: 8
körperl. Mißbildung: 4
manisch-depressives Irresein: 3
Veitstanz: 1
Blindheit: 1

von welchen EGG vorher behandelt
Wels: 65
Ried: 59
Krumau: 56
Linz: 53
Steyr: 21

Ein Viertel aller an das Erbgesundheitsobergericht herangetragenen Beschwerden gehen auf Beschlüsse des Erbgesundheitsgerichtes Wels zurück (65), unbedeutend weniger auf Beschlüsse der Erbgesundheitsgerichte Ried (59) und Krumau (56) sowie auf das Erbgesundheitsgericht Linz mit dem Anteil von immerhin noch einem Fünftel (53). Lediglich acht Prozent der Beschwerden berufen sich auf ein Urteil des Erbgesundheitsgerichts Steyr (21).
Von den antragstellenden Amtsärzten lösten der Kaplitzer Amtsträger mit 43 Sterilisationsanträgen sowie sein Schärdinger Kollege mit 42 (vor allem aus den Jahren 1940 und 1941) die mit Abstand meisten Eingaben an das Erbgesundheitsobergericht aus, wobei sie diese Beschwerden jeweils zu einem knappen Drittel selbst einbrachten. Bei den Beschwerden der Amtsärzte handelte es sich klarerweise um Urteile der Erbgesundheitsgerichte, die ihren Sterilisationsanträgen nicht stattgegeben hatten. Die vielen Beschwerden, die die Sterilisationsanträge aus Schärding und Kaplitz nach sich zogen, legen die Vermutung nahe, dass dort eben auch besonders viele Anträge gestellt worden sind.
Drei Viertel aller Beschwerden (absolut: 189) führten zu endgültigen Sterilisationsurteilen des Erbgesundheitsobergerichts, gegen die kein Rechtsmittel mehr zur Verfügung stand. In knapp 80 Prozent (202) aller Eingaben an das Erbgesundheitsobergericht handelte es sich um Beschwerden der Betroffenen, ihrer Verwandten und Vertreter gegen den Sterilisierungsbeschluss des Erbgesundheitsgerichts. 16 Prozent (42) der Verhandlungen vor dem Erbgesund-

heitsobergericht rührten von Beschwerden der antragstellenden Amtsärzte gegen die vom Erbgesundheitsgericht nicht verordnete Sterilisierung her. Davon ging mehr als die Hälfte, wie bereits oben unter anderem Zusammenhang erwähnt, auf das Konto des Schärdinger Amtsarztes (13), dem das Erbgesundheitsobergericht in den allermeisten Fällen nicht Recht gab, und seines Kaplitzer Kollegen (12).

Von den 202 Beschwerden aufgrund eines Erbgesundheitsgerichts-Sterilisierungsbeschlusses wurden knapp 85 Prozent durch das Erbgesundheitsobergericht abgelehnt, während etwa 14 Prozent dieser Beschwerden zur Aufhebung der vom Erbgesundheitsgericht bereits angeordneten Sterilisierung führten. Dagegen hatte das Erbgesundheitsobergericht gegenüber den Beschwerden der Amtsärzte gegen die zu milde Spruchpraxis der Erbgesundheitsgerichte ein vergleichsweise offeneres Ohr: Knapp die Hälfte der abgelehnten Anträge auf Unfruchtbarmachung durch die Erbgesundheitsgerichte wurden nach amtsärztlichen Beschwerden vom Erbgesundheitsobergericht in Sterilisierungsbeschlüsse umgewandelt.

In drei Viertel aller Fälle lag bei den Verhandlungen vor dem Erbgesundheitsobergericht die Diagnose „angeborener Schwachsinn“ zu Grunde, in zwölf Prozent Schizophrenie, in 5,5 Prozent Epilepsie, in drei Prozent Taubheit, in 1,6 Prozent körperliche Missbildungen, in einem Prozent „manisch-depressives Irresein“ und in jeweils einem Fall „Veitstanz“ und Blindheit.

Antragsteller	Anträge, die zu Beschwerden führten	1.	1.1	1.2	1.3	2.	2.1	2.2	2.3	unzuordenbare Beschwerden
Amtsarzt Schärding	42	28	23	5		13	10	3		1
Amtsarzt Kaplitz	43	29	27	2		12	4	8		2
Amtsarzt Linz-Land	27	26	20	6		0	0	0		1
Amtsarzt Gmunden	22	18	17	1		4	4	0		0
Amtsarzt Steyr	14	14	13	1		0	0	0		0
Amtsarzt Krumau	14	8	6	2		4	1	3		2
Amtsarzt Vöcklabruck	13	10	9	1		2	1	0	1	1
Amtsarzt Grieskirchen	12	12	10	2		0	0	0		0
Amtsarzt Perg	11	11	7	4		0	0	0		0
Amtsarzt Rohrbach	9	9	8	0	1	0	0	0		0
Amtsarzt Wels	9	8	7	1		1	1	0		0
Amtsarzt Braunau	9	8	8	0		0	0	0		1
Amtsarzt Ried	6	2	1	1		4	1	3		0
Amtsarzt Linz-Stadt	5	5	5	0		0	0	0		0
Amtsarzt Kirchdorf	3	2	2	0		1	1	0		0
Amtsarzt Freistadt	2	2	1	1		0	0	0		0
andere Gesundheitsämter	3	3	3	0		0	0	0		0
Selbstantrag	4	2	1	1		1	0	1		1

Niedernhart	2	2	2	0		0	0	0		0
Eltern	2	1	1	0		0	0	0		1
unzuordenbar	5	2			2					3
GESAMT	257	202	171	28	3	42	23	18	1	13

Erklärung zur Tabelle:

1. Beschwerden der Betroffenen aufgrund von Erbgesundheitsgerichts-Sterilisationsbeschlüssen
1.1. davon vom Erbgesundheitsobergericht abgelehnt
1.2. davon vom Erbgesundheitsobergericht stattgegeben:
1.3. anderes

2. Beschwerden der Amtsärzte aufgrund von Erbgesundheitsgerichts-„Freisprüchen“
2.1. davon vom Erbgesundheitsobergericht abgelehnt
2.2. davon vom Erbgesundheitsobergericht stattgegeben
2.3. anderes

2. Erbgesundheitsgericht Linz

(Bestand LG Linz - Sondergerichte, Sch. 1183)

2.1.Verzeichnung

In den Jahren 1940 bis 1944 wurden an das Erbgesundheitsgericht Linz insgesamt 306 Anträge auf Unfruchtbarmachung gestellt,[7] ein Drittel davon allein im Jahre 1942.

1940	1941	1942	1943	1944	GESAMT
50 (16 %)	70 (23 %)	102 (33 %)	48 (16 %)	36 (12 %)	306 (100 %)

Es sind jedoch lediglich 26 der 306 Fälle erhalten. Der Rest ist vermutlich skartiert worden. Während bei der Verzeichnung nur die vorhandenen 26 Akten Berücksichtigung fanden, konnten für die weiter unten folgende Auswertung des Bestandes alle 306 Fälle auf der Basis des dem Bestand beiliegenden Original-Registers „Erbgesundheitssachen XIII 1940–1945“ aufgelistet werden.

Die 26 vorhandenen Akten (nach quellenmäßiger Trennung in Erb- und Ehegesundheitssachen):

a. Erbgesundheitssachen

1941

[7] Die 34 Anträge des Jahres 1945 sind für die statistische Auswertung zu vernachlässigen, da es sich meist um ganze Pakete von Anträgen handelt, die von anderen aufgrund des Personalmangels nicht mehr „arbeitenden“ Erbgesundheitsgerichten

Nr.	Geschlecht Geb.jahr	Antrag von wem	Beschluss EGG	Diagnose	BeschlussEGOG nach Beschwerde	Anmerkung
48	m 15	auf Entmangg. Kurator	abgelehnt	moral. Schwachsinn		! Linz-Stadt Entmannung abgelehnt

1942

Nr.	Geschlecht Geb.jahr	Antrag von wem	Beschluss EGG	Diagnose	Beschluss EGOG nach Beschwerde	Anmerkung
37	m 08	LL	s	Schwachsinn	s	! EGOG-Akt vorhanden (17/43); s durchgeführt

1943

Nr.	Geschlecht Geb.jahr	Antrag von wem	Beschluss EGG	Diagnose	Beschluss EGOG nach Beschwerde	Anmerkung
30	w 03	LL	s	Schwachsinn	s	! s durchgeführt EGOG 7/44
35	m 22	FR	s	Schizophrenie		s durchgeführt
38	w 12	RO	s	Schwachsinn		s durchgeführt
47	w 24	L		Taubheit		Antrag zurückgen.

1944

Nr.	Geschlecht Geb.jahr	Antrag von wem	Beschluss EGG	Diagnose	Beschluss EGOG nach Beschwerde	Anmerkung
6	w 03	RO	s	Schwachsinn		s durchgeführt
7	m 03	LL	s	Schwachsinn		s durchgeführt
9	m 10	LL	ns	Fallsucht		
10	w 11	L	s	Fallsucht		s durchgeführt
12	w 16	FR	s	Schwachsinn		s durchgeführt
13	w 09	RO	ns	Schwachsinn		
15	m 02	LL	s	Schwachsinn	s	! s durchgeführt EGOG 18/44
16	w 00	LL	s	Schwachsinn		s durchgeführt
17	m 05	EGG KR	s	Schwachsinn		s durchgeführt

übersandt wurden. Darunter befinden sich lediglich zwei Anträge von Gesundheitsämtern des eigenen Sprengels: Gesundheitsamt Linz-Stadt und Gesundheitsamt Linz-Land (Diagnose: jeweils Schwachsinn).

18	w 20	EGG E.	s	Alkoholismus		s durchgeführt
19	w 21	LL	ns	Fallsucht		
20	m 17	L	s	Schwachsinn		s durchgeführt
22	m 06	L	ns	Schwachsinn		
23	m 19	L	s	Fallsucht		s durchgeführt
24	m 15	LL	s	Haltlosigkeit	?	!
27	w 03	L	ns	?		
29						Kroits Robert (Bestand BH Perg)
30		KZ-Arzt +selbst	s (EGG Münch)	schwerer Alkoholismus	s	! KZ

1945

Nr.	Geschlecht Geb.jahr	Antrag von wem	Beschluss EGG	Diagnose	Beschluss EGOG nach Beschwerde	Anmerkung
6	m 04	SD (EGG)	s	Alkoholismus		s durchgeführt ! Anton Berger
29	w 09	GM (EGG)	s			
30	w 10	WE (EGG)	s			

b.Ehegesundheitssachen

1940: Nr. 2: Kreis Perg, Ehehindernis Epilepsie, EGG s, EGOG s

1941: Nr. 1: Kreis Freistadt, schwer begabt-Intelligenzdefekte

1942: Nr. 1: Linz Stadt, Zwergenwuchs, Antrag zurückgenommen

1943: Nr.1: Linz Stadt, Ehegesundheitsgesetz §1, Antrag abgewiesen ?

1944: Nr. 1 Max Zehethofer, Schulleiter und Johanna Fellhofer, Antrag zurückgenommen (Beschwerde des Zehethofer) !!!

2.2. Auswertung

a. Allgemein

Alle 306 Akten (Quelle: Register „Erbgesundheitssachen XIII“ im Bestand EGG Linz)

Jahr	Anträge	davon nicht behandelt	Erbgesundheits-gerichts-Beschlüsse	Beschwerden durch Betroffene	Erbgesundheits-obergerichts-Beschlüsse
1940	50	7	40 sterilisieren (93 %)	7 (17 %)	6 abgelehnt (86 %) 1 stattgegeben (14 %)
			3 nicht sterilisieren (7 %)	(1) durch Amtsarzt	Beschwerde Stattgegeben
1941	70	11	54 sterilisieren (91,5)	14 (26 %)	10 abgelehnt (71 %) 4 stattgegeben (29 %)
			5 nicht sterilisieren (8,5 %)	keine Beschwerde	–
1942	102	10	81 sterilisieren (88 %)	16 (20 %)	11 abgelehnt (69 %) 5 stattgegeben (31 %)
			11 nicht sterilisieren (12 %)	keine Beschwerde	–
1943	48	10	34 sterilisieren (90 %)	9 (26 %)	100 % abgelehnt
			4 nicht sterilisieren (10 %)	keine Beschwerde	–
1944	36	11	19 sterilisieren (76 %)	4 (21 %)	100 % abgelehnt
			6 nicht sterilisieren (24 %)	keine Beschwerde	–

zusammen 1940 – 1944

Jahr	Anträge	davon nicht behandelt	Erbgesundheits-gerichts-Beschlüsse	Beschwerden durch Betroffene	Erbgesundheits-obergerichts-Beschlüsse
1940-1944	306 (1945: 34)	49	228 sterilisieren (88, 7 %)	50 (22 %)	40 abgelehnt (80 %) 10 stattgegeben (20 %)
			29 nicht sterilisieren (11, 2 %)	1 (3, 4 %)	stattgegeben

Abzüglich der rund 50 Anträge, die nicht behandelt wurden (an andere Erbgesundheitsgerichte abgetreten, Probanden verstorben, ...) führten etwa 90 Prozent (absolut: 228) aller vom Erbgesundheitsgericht Linz behandelten Sterilisationsanträge (257) zu einem Sterilisationsbeschluss. Nur elf Prozent (29) wurden abgelehnt. Gegen 22 Prozent (50) der Sterilisationsbeschlüsse des Erbgesundheitsgerichts Linz legten die Betroffenen und ihre Verwandten, Vertreter oder Pfleger vor dem Erbgesundheitsobergericht Beschwerde ein. 80 Prozent (40) dieser Beschwerden wurden vom Erbgesundheitsobergericht abgelehnt, 20 Prozent (10) wurde stattgegeben und der Sterilisationsbeschluss aufgehoben. Bei den 29 durch das Erbgesundheitsgericht abgelehnten Anträgen hingegen kam es nur zu einer einzigen Beschwerde, und zwar vom Schärdinger Amtsarzt Holzinger.

b. Auswertung nach Antragsteller

Im Sprengel des Erbgesundheitsgerichts Linz befanden sich die Gesundheitsämter Linz-Stadt, Linz-Land, Rohrbach, Perg und Freistadt.

Die überwiegende Mehrheit der Sterilisationsanträge wurde neben diesen besonders im Jahre 1940 von der Heil- und Pflegeanstalt Niedernhart gestellt.

Antragsteller	1940	1941	1942	1943	1944	GESAMT
Gesundheitsamt Linz-Stadt	2 (4 %)	1 (1 %)	25 (25 %)	15 (31 %)	13 (36 %)	56 (18 %)
Gesundheitsamt Linz-Land	7 (14 %)	30 (43 %)	25 (25 %)	18 (38 %)	9 (25 %)	89 (29 %)
Gesundheitsamt Rohrbach	7 (14 %)	16 (23 %)	1 (11 %)	7 (15 %)	2 (6 %)	43 (14 %)
Gesundheitsamt Perg	–	6 (9 %)	24 (24 %)	3 (6 %)	2 (6 %)	35 (11 %)
Gesundheitsamt Freistadt	–	2 (3 %)	–	–	2 (6 %)	4 (1 %)
Niedernhart	28 (56 %)	4 (6 %)	3 (3 %)	–	–	35 (11 %)
Amt für Volksgesundheit	–	–	6 (6 %)	–	–	6 (2 %)
andere	6 (12 %)	11 (16 %)	8 (8 %)	5 (10 %)	8 (22 %)	38 (12 %)
gesamt	50	70	102	48	36	306

c. Auswertung nach Diagnosen

	1940	1941	1942	1943	1944	GESAMT
„Schwachsinn“	29 (58 %)	45 (64 %)	68 (67 %)	32 (67 %)	19 (53 %)	63 %
Schizophrenie	17 (34 %)	17 (24 %)	12 (12 %)	5 (10 %)	3 (8 %)	18 %
Epilepsie	1 (2 %)	1 (1 %)	9 (9 %)	3 (6 %)	5 (14 %)	9 %
Taubheit	–	2 (3 %)	8 (9 %)	3 (6 %)	1 (3 %)	5 %
Alkoholismus	–	–	3 (3 %)	1 (2 %)	3 (8 %)	2 %
körperl. Missbildung	1 (2 %)	2 (3 %)	1 (1 %)	–	–	1 %
Depression	1 (2 %)					
taubstumm			1 (1 %)			
Haltlosigkeit					1 (3 %)	
gesamt	50	70	102	48	36	306

d. Vergleichende Auswertung: Die Erbgesundheitsgerichtsbarkeit in den Zuständigkeitsbezirken der Gesundheitsämter Linz-Stadt und Linz-Land

Aufgrund der relativ vollständigen Überlieferung der Akten des Erbgesundheitsgerichtes Linz und des Erbgesundheitsobergerichtes Linz kann die erbbiologische Tätigkeit und die Erbgesundheitsgerichtsbarkeit in den Zuständigkeitsbezirken der Gesundheitsämter Linz-Stadt und Linz-Land hier gesondert und vergleichend dargestellt werden.

In einer Gesamtbilanz der erbbiologischen Tätigkeit von 1938 bis 1945 stehen den insgesamt 57 Sterilisationsanträgen des Gesundheitsamtes der Stadt Linz an das zuständige Erbgesundheitsgericht 89 diesbezügliche Anträge des Gesundheitsamtes Linz-Land gegenüber. Während das städtische Gesundheitsamt 53 Prozent der Anträge wegen „Schwachsinns“, 17 Prozent wegen Epilepsie, 14 Prozent wegen Taubheit, acht Prozent wegen Schizophrenie sowie zwei Anträge wegen körperlicher Missbildungen und jeweils einen Antrag wegen Depression und Alkoholismus stellte, lagen den Anträgen des Gesundheitsamtes Linz-Land folgende Diagnosen zu Grunde: 75 Prozent „Schwachsinn“, neun Prozent Schizophrenie, acht Prozent Epilepsie, 4,5 Prozent Taubheit sowie je ein Antrag wegen körperlicher Missbildung, moralischer Haltlosigkeit und Alkoholismus.

Das Erbgesundheitsgericht beschloss in 80 Prozent (absolut: 42) der behandelten 52 Sterilisationsanträge des städtischen Amtsarztes die Sterilisierung, in 12 Prozent (5) dieser Sterilisierungsbeschlüsse kam es zu Beschwerden durch die Betroffenen an das Erbgesundheitsobergericht, welches dann in jedem Fall das Urteil des Erbgesundheitsgerichtes bestätigte.

Den behandelten Sterilisierungsanträgen des Kollegen aus dem Landkreis Linz (80) gab das Erbgesundheitsgericht gar zu 93 Prozent (74) statt. Dafür kam es in immerhin 36 Prozent (27) dieser Sterilisierungsbeschlüsse zu Beschwerden durch die Betroffenen vor dem Erbgesundheitsobergericht, welches in 22 Prozent (6) aller Beschwerdefälle die Sterilisationsurteile wieder aufhob. Zu Beschwerden gegen abgelehnte Anträge durch die antragstellenden Amtsärzte kam es in keinem der beiden Gesundheitsämter.

Somit waren die Sterilisationsanträge des Gesundheitsamtes der Stadt Linz Grundlage für 42 endgültige Sterilisationsbeschlüsse, die Sterilisationsanträge des Gesundheitsamtes des Landkreises Linz-Land für 68 Sterilisationsbeschlüsse.